



Bürgerschaftsparteien zu Gast auf der Delegiertenversammlung

Im Zentrum der Delegiertenversammlung der Bremer Senioren-Vertretung am 25. Oktober 2010 standen die nächsten Bürgerschaftswahlen, die im Mai 2011 stattfinden. Deshalb waren die Vorsitzenden der in der Bremischen Bürgerschaft vertretenen Parteien eingeladen, um ihre künftige Seniorenpolitik vorzustellen und anschließend Fragen der Delegierten zu beantworten.

Den Reigen der jeweils 10-minütigen Kurzreferate eröffnete die Vizepräsidentin der Bremischen Bürgerschaft, Dr. Karin Mathes, für **Bündnis 90/Die Grünen**. Sie ging genauer auf Ursachen und Auswirkungen des demographischen Wandels ein und hob hervor, dass man auch bei der Seniorenpolitik eine generationenübergreifende Betrachtung von Lebensbereichen nicht vernachlässigen wolle. Zu den Schwerpunkten gehören die Themen „Barrierefreiheit in den Stadtteilen“, „Ausbau einer altersorientierten Infrastruktur“, „Altersarmut“ sowie „Wohnen und Leben im Alter“. Man will sich u.a. für die Förderung neuer Wohnformen, für die Weiterführung der beiden Bremer Modellprojekte „Aufsuchende Altenarbeit – Hausbesuche“ und für eine kultursensible Alterspflege einsetzen und öffentliche Dienstleistungen für die Seniorinnen/Senioren, z.B. die Arbeit der Pflegestützpunkte und anderer wichtigen Informationsstellen, unterstützen.

Karin Garling, Mitglied des Landesvorstands der **SPD**, sprach der schnellen Umsetzung des neuen Bremer Wohn- und Betreuungsgesetzes und der Förderung von altersorientierten Stadtteilprojekten großes Gewicht zu. Ältere Menschen sollen in den Stadtteilen mehr spezielle Angebote erreichen und sich leichter in die Stadtteilgestaltung und –arbeit einbringen können. Ebenso will man sich intensiv dem Problem „Altersarmut“, dem Verbraucherschutz für Seniorinnen/Senioren und der Entwicklung einer „Landesinitiative Demenz“ zuwenden. Letztere soll die

menschenwürdige Hilfe und Pflege für Demenzzranke fördern.

Die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der **CDU**, Dr. Rita Mohr-Lüllmann, betonte, zu den seniorenpolitischen Zielen ihrer Partei gehöre u.a. die Steigerung des Bekanntheitsgrads von altersorientierten Angeboten und die Verbesserung der Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Partizipation im Alter. Denke man an die zunehmende Altersarmut, dann müssten Wohnprojekte angestrebt werden, die auch von sozial schwächeren Seniorinnen/Senioren und grundsätzlich generationenübergreifend genutzt werden können. Sie ging ebenfalls auf das neue Bremer Heim- und Betreuungsgesetz ein. Die CDU habe zwar für das Gesetz gestimmt, obgleich sie es als „bürokratisches Monster“ sieht. Man müsse jedoch beobachten, wie es funktioniere. Außerdem sprach sie sich begründet für die Rente mit 67 Jahren aus. Die CDU werde sich für ein vernünftiges Altersmanagement in Betrieben nach dem Vorbild Finnlands einsetzen und Maßnahmen für die Erhaltung der Arbeit bis zum Renteneintritt fordern.

Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der **FDP**, Dr. Oliver Möllenstädt, kündigte an, dass Anfang des Jahres noch vor den Wahlen ein „Bürgerprogramm“ anlaufe, mit dem die Bürger/-innen stärker in den Prozess der politischen Willensbildung seiner Partei einbezogen werden sollen. Auch die Senioren-Vertretung werde Gelegenheit erhalten, ihre seniorenpolitischen Anliegen vorzutragen. Wichtig sei, ein möglichst klares Bild vom Alter zu schaffen und Voreingenommenheiten zu beseitigen. Erst dann ließen sich Inhalte der Seniorenpolitik festschreiben. Die FDP hat das neue Bremer Wohn- und Betreuungsgesetz abgelehnt. Man habe mit Trägern von Heimen für Demenzzranke gesprochen und sei dort gegenüber dem Gesetz auf große Skepsis gestoßen. Ansonsten möchte die FDP die Diskussion über zukünftige Wohn- und am-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Bürgerschaftsparteien zu Gast auf der Delegiertenversammlung

(Fortsetzung von Seite 1)

bulante Hilfsangebote für ältere Menschen, vor allem in Bremen-Nord, erweitern.

Dr. Christoph Spehr vertrat die **Linke**. Große Themen seien „Altersarmut“, „Sparpaket“ und „Niedriglöhne“. Es müsste intensiver daran gearbeitet werden, dass alle Menschen ihr Alter in Würde gestalten können. Der Partei lägen außerdem der Ausbau der Speziellen Ambulanten Palliativmedizinischen Versorgung und die Schließung aller ambulanten Versorgungslücken am Herzen. Man wolle sich auch für eine altersgerechte Stadt einsetzen, zur Verkürzung der Wege mehr dezentrale Ämter schaffen und kommunalen Wohnraum für sozial schwächere Menschen wieder vom freien Markt zurückholen. Die Rente mit 67 Jahren werde abgelehnt, weil sie indirekt eine Rentenkürzung bedeute. Man stehe auch für eine Interessenvertretung der älteren Menschen in allen Deputationen.

In der Diskussion mit den Delegierten wurde ein breites Themenfeld angeschnitten. Es reichte vom Antragsrechts der Senioren-Vertretung in der Sozialdeputation über die Forderung nach gleichem Verkehrstarif für die Stadt und Bremen-Nord und den Ausbau der Straßenbahnenlinien, die Sorge um Verbraucher- und Umweltschutz, das Sicherheitsbedürfnis älterer Menschen bis hin zur Bundespolitik. Da die meisten der vertretenen Parteien ihr Wahlprogramm noch nicht beschlossen haben, besteht für sie nun die Möglichkeit, den Gedankenaustausch mit der SV in ihre Überlegungen einzubeziehen.

Nach der erfreulich sachlichen Aussprache mussten die Delegierten noch über 7 Anträge abstimmen.

- Die Krankenkassen werden aufgefordert, neben der PSA-Bestimmung zur Früherkennung von Prostatakrebs, dem Mammographie-Screening zur Früherkennung von Brustkrebs und der Vorsorge-Koloskopie (Darmspiegelung) auch für den Routine-Check bei Risikopersonen das Aortenaneurysma in ihren Vorsorgekatalog aufzunehmen.
- Bei der Senatorin f. AFGJuS beantragt die SV Bremen, die Laufzeit der Modellprojekte „Aufsuchende Altenarbeit – Hausbesuche“ in Hemelingen und Obervieland über den 31. Mai 2011 hinaus zu verlängern.

An die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesseniorenvertretungen (BAG LSV) in Berlin richten sich 5 Anträge folgenden Inhalts:

- Die am 26. April 2009 vom Bundeskabinett verabschiedete „Schutzklausel für die gesetzliche Rentenversicherung“ (Rentengarantie), welche die Rentenhöhe der Rentnerinnen/Rentner und auch derjenigen Menschen in Deutschland, die künftig in Rente gehen, gegen eine Minderung für den Fall sinkender Löhne und Gehälter absichert, soll beibehalten werden.
- Das am 1. September 2010 beschlossene Haushaltsgesetz (Sparpaket 2011) soll bis auf weiteres ausgesetzt werden. Es ist nochmals zu überprüfen, ob die Verteilung der Sparmaßnahmen den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit entspricht.
- Als Alternative zu dem am 1. September 2010 beschlossenen Sparpaket wird eine Anhebung der Staatseinnahmen angeregt. Vorgeschlagen werden: Anhebung des Spitzensteuersatzes für Einkommen über 100.000 €/Jahr, Einführung einer Vermögenssteuer, Anhebung der Erbschaftsteuer bei Erbschaften über 500.000 € und Einführung einer Finanz-Transaktionssteuer.
- Die Abstimmung im Bundestag im Dezember 2010 über den Gesetzentwurf zur Gesundheitsreform 2011, so wie er am 22.09.2010 im Kabinett beschlossen wurde, soll ausgesetzt werden. Es ist nochmals zu überprüfen, ob die Verteilung der Sparmaßnahmen der sozialen Gerechtigkeit entspricht.
- Als Alternative zur vorgelegten Gesundheitsreform 2011 wird eine grundlegende Neuordnung der Finanzierung des Gesundheitswesens gefordert. Vorgeschlagen wird die Einführung einer dem Solidaritätsprinzip verpflichteten Krankenversicherung für alle Bürger/-innen, in die alle gestaffelt einzahlen - auch die Großverdiener.

Alle Anträge wurden angenommen. GF

Seniorenforum

Mischt Euch ein!

Die Analyse der Befindlichkeit unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft im Beitrag „Deutschland kann sich nicht abschaffen, aber ruinieren“ (**Durchblick 129**, S.2/3) hat sicher mehr als fünf Minuten Standing Ovation (wie Beifall ja Neudeutsch genannt wird) verdient. Schade, dass diese nur einem relativ

(Fortsetzung auf Seite 3)

Mischt Euch ein!

(Fortsetzung von Seite 2)

kleinen Kreis vorliegt - und dann vermutlich nicht mal da von allen zur Kenntnis genommen wird. Und die kleine Schar derer, die jetzt zustimmend mit dem Kopf nicken, wird mehrheitlich auch nicht den Mors vom Sofa schwenken, um gegen die sie schmerzenden Ungerechtigkeiten zu demonstrieren, geschweige denn, sich organisieren, um unsere weltentrückte Polit-Kaste wieder zu erden.

Dass diese Leute der ganzen Nation frech auf der Nase herumtanzen können, liegt daran, dass zu viele Bürger/-innen immer noch glauben, es reiche aus, alle vier Jahre zur Wahl zu gehen - oder ihr fernzubleiben. Wir alle müssen denjenigen, die nicht mehr unsere Interessen, sondern überwiegend ihre eigenen und die der Wirtschaft vertreten, etwas mehr auf die Finger schauen und uns in das politische Geschäft einmischen. Dass die Hoffnung auf ein Erwachen der trägen Masse nicht ganz unberechtigt ist, zeigt gegenwärtig die Situation in Stuttgart.

Hans-Jürgen Wachholz, Bruchhausen-Vilsen

Das **Seniorenforum** ist eine Rubrik, die allen interessierten Mitgliedern der Seniorengeneration die Möglichkeit bietet, ihre Meinungen und Gedanken vorzutragen. Die Beiträge werden von der Redaktion aus den Zuschriften ausgewählt, können gekürzt werden und geben die persönliche Auffassung ihrer Verfasser wieder. Voraussetzung für die Veröffentlichung ist, dass der Name des Autors genannt wird und dessen postalische Adresse vorliegt. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.



**Zur Diskussion
gestellt
von
Gerd Feller**

Sollen wir uns das gefallen lassen?

Es vergeht kaum ein Monat, ohne dass aus irgendeinem Teil unserer Erde über schwerwiegende Umweltschäden berichtet wird. Meeresgebiete, Seen, Flüsse sowie Bodenareale und das Grundwasser werden mit Schwermetallen, Öl, Dioxin, PCB oder anderen Industriegiften verseucht, und in der Regel sind nicht nur Flora und Fauna, sondern

auch Menschen von solchen Schweinereien betroffen. Die Ursachen für Umweltkatastrophen dieser Art liegen überwiegend im menschlichen Versagen. Es sind Unkenntnis, Duldung von technischen Missständen, Fahrlässigkeit bei der Entsorgung und vor allem Geldgier daran beteiligt. Bedenkt man die vielen Einzelfälle, vor allem die schwerwiegenden Unfälle in jüngster Zeit im Golf von Mexiko, in Ungarn oder in Niederösterreich, stellt sich schon der Verdacht ein, dass im gesamten Entsorgungsbereich mit teils hoher krimineller Energie versucht wird, viel Geld zu verdienen. Die betroffenen Menschen bezahlen dafür mit ihrer Gesundheit oder gar mit dem Leben.

Solche Skandale spielen sich bisher regional ab, und wenn sich die Medien ein paar Tage lang sensationsorientiert beschäftigt haben, geraten sie wieder aus dem Blick und aus dem Sinn. Man kann sicher sein, der nächste Skandal folgt. Einerseits können wir beruhigt sein, was die Natur angeht. Sie hat über Jahrmillionen bewiesen, dass sie Katastrophen bewältigt, sich regeneriert oder neue Formen und neues Leben bildet. Sie hat auch Zeit genug dazu. Die Menschheit allerdings nicht. Sie dürfte an ihrem mangelnden Umweltbewusstsein und an ihrer Schwerfälligkeit, Lebensweisen zum Wohle des für sie erforderlichen Lebensraums zu verändern, über kurz oder lang scheitern. Und für uns Menschen gibt es noch ganz andere, schleichende, nicht so stark im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehende Gefährdungen.

Davon war in der Sendung „Report München“ der ARD am 19. Oktober 2010 die Rede. Es ging um sogenannte Weichmacher und andere Industriechemikalien, die sich in alltäglichen Gebrauchsgütern befinden, z.B. um Bisphenol A, das u.a. Gummistiefel, Schnuller und Spielsachen belastet. Es handelt sich um einen endokrinen Disruptor, der auch bereits im Hausstaub auftaucht und hormonell wirkt. Kontaminierte Frauen und Säuglinge werden davon unfruchtbar. Stiftung Warentest meldete ebenfalls erschreckende Schadstoffbelastungen im Spielzeug (vgl. Weser-Kurier, 22.10.2010, S.5). Wir sollten auch die teils sehr fragwürdigen Macher-schaften in der Nahrungsmittelproduktion nicht vergessen.

Wie verhalten sich die für Umwelt- und Verbraucherschutz verantwortlichen deutschen Ministerien? Sie vernachlässigen die Klagen über den rasanten Rückgang der Geburtenrate in Deutschland und die schon

(Fortsetzung auf Seite 4)

Sollen wir uns das gefallen lassen?

(Fortsetzung von Seite 3)

jetzt viel zu hohen Kosten im Gesundheitswesen und entwickeln lieber Spielermentalität. Man fährt volles Risiko, anstatt sich mit den Industrielobbyisten und Konzernchefs wegen des Schutzes für Bürger/-innen und ihre Kinder anzulegen. Ist es nicht ein trauriges Zeugnis von mangelhaftem Pflichtbewusstsein und eine Diskriminierung der Wählerschaft, wenn, wie zu hören war, die Ministerin für Verbraucherschutz, Ilse Aigner, ein Interview zum Thema „Weichmacher“ einfach verweigert? Die Praxis, sich bei Problemfragen in Schweigen zu hüllen, nimmt übrigens in allen Ministerien zu, das schlechte Gewissen wohl eher ab. Solange die Wissenschaft nicht eindeutig und zweifellos einen ursächlichen Zusammenhang nachweisen kann, zieht sich die Politik erst einmal zurück, hofiert lieber industriefreundliche Forschungsinstitute, jongliert mit zweifelhaften Grenzwerten herum und riskiert damit die gesundheitliche Schädigung von Menschen. Die Wissenschaftler des Umweltbundesamtes haben viele Kinder untersucht und bei allen in deren Blut Weichmacher gefunden. Sie wissen auch, dass die festgestellten Mengen im Tierversuch zu schweren Schäden geführt haben. Wäre es da nicht für Land und Menschen sinnvoll, die Verwendung des Schadstoffes sofort zu unterbinden? Andere Länder sind da konsequenter und schützen ihre Bürger/-innen, z.B. Österreich.

Wir Senioren und Seniorinnen sollten diesem Treiben nicht zuschauen, nur weil es uns in unseren Restjahren wahrscheinlich nicht mehr so sehr schaden kann. Aber es geht hier immerhin um Kinder und Enkel, und es geht um ein Land, für das wir uns ein Leben lang krumm gemacht haben. Wir sollten energisch fordern, dass die politischen Spielregeln beim Umwelt- und Verbraucherschutz konsequent verändert werden. Bisher werden Stoffe und Produkte erst dann verboten, wenn die Schädlichkeit 100%ig nachgewiesen ist. Das Prinzip des Handelns müsste aber heißen: Stoffe und Produkte werden für den Markt nur freigegeben, wenn 100%ig feststeht, dass keinerlei Gesundheitsgefährdung vorliegt. Wir sollten den Mut haben, allen Politikern, die sich weiterhin von rein ökonomischen Motiven leiten lassen und der Sorge um die Gesundheit der Bürger/-innen geringeres Gewicht verleihen, bei passender Gelegenheit eine klare Abfuhr zu erteilen.

Wohnen und Pflege im Alter

Grundsteinlegung in Borgfeld

Pünktlich um 11.00 Uhr am 01. Oktober 2010 begann die kleine Feier zur Grundsteinlegung für den 2. Bauabschnitt des Stiftungsdorfs Borgfeld.



Die dicht verschlossene Kupferhülse mit den Bauplänen und einem Exemplar des Weser-Kurier vom Tage wird eingemauert.

v.l.: Alexander Künzel (Vorstand der Bremer Heimstiftung), Ute Büge (Leiterin des Stiftungsdorfs), Dr. Karl Bronke (Vertreter der Senatorin f. AFGJS), Ulrich Tilgner (Architekt), im Vordergrund Kinder der Grundschule am Saatland.

Bauherr ist die Bremer Heimstiftung, die schon mit dem 1. Bauabschnitt ein neues Konzept ins Leben rief, nämlich die enge Kooperation mit der benachbarten Grundschule im Sinne der Zusammenführung von Alt und Jung. Diese Erfolgsgeschichte läuft seit mehr als einem Jahr (vgl. **Durchblick** 123), und sie erklärt auch die Anwesenheit vieler Schulkinder, die alle Beteiligten und Gäste mit einem lustigen Lied erfreuten.

Nun entsteht ein weiteres Gebäude mit einer Nutzfläche von 1.000 m². Es wird über 8 Seniorenwohnungen verfügen. Außerdem sind 2 große Räume für die Kinder der Grundschule reserviert, die unter erheblichem Raummangel leidet. In diesen Räumen kann auch die Begegnung zwischen Alt und Jung erweitert werden. Es ist in der Bundesrepublik eine absolute Neuheit, dass ein Altenheimträger derart großzügig und konzeptionell eng mit einer Schule zusammenarbeitet. Da große Nachfrage seitens der Seniorenschaft besteht und die Schule die Räume zum nächsten Schuljahr benötigt, drängt die Fertigstellung dieses Bauabschnitts. So soll das Werk möglichst bis zum Sommer 2011 vollendet sein. GF

„Von Lüssum bis Tenever – gesund altern im Stadtteil“

Unter diesem Motto stand eine Veranstaltung des Gesundheitspunktes West am 06. Oktober 2010 in der Stadtteilbibliothek West (Gröpelingen). Zuerst hielt Thomas Altgeld von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen ein Referat zum Thema „Älter werden – gesund und aktiv bleiben im Stadtteil“. Nach einer kurzen Pause fanden sich die Gäste aus dem Stadtteil in verschiedenen kleinen Arbeitsgemeinschaften zusammen, um die bisher aufgenommenen Informationen ortsbezogen zu verarbeiten.



Thomas Altgeld referiert im Forum der Stadtteilbibliothek West in Gröpelingen
(Foto: Landesvereinigung für Gesundheit e.V.)

Thomas Altgeld verwies allgemein auf die Fortschritte in Richtung altersorientierter Stadtteile. Wichtig sei dabei, dass die älteren Menschen gesund und aktiv bleiben und die Zusammenarbeit in den Stadtteilen funktioniert. So standen im Zentrum seines Referates Gesundheitsförderung und zielgruppengerechte Prävention.

Als präventionsrelevante Handlungsfelder wurden u.a. selbstbestimmtes Wohnen mit oder ohne Pflegemöglichkeiten, präventive Hausbesuche, Bewegungsförderung, Gewaltprävention und Sicherheit im Alter, Suchtprävention, Engagementförderung, Impfprogramme, Ernährung im Alter, Sekundärprävention bei chronischen Krankheiten, psychische Gesundheit und Mehrgenerationenhäuser aufgeführt. An den Beispielen der

Kommunen Dissen (NS) und Bruchsal (BW) wurde gezeigt, wie sich das Ziel, die Freude am Leben, die Gesundheit, Fitness, Selbstständigkeit und gesellschaftliche Aktivität älterer Menschen im Stadtteil zu fördern, umsetzen lässt. Die Gemeinden müssen dazu Programme entwickeln und die Politik sowie Gesundheits- und Sozialdienste einbeziehen. Besonders wichtig sei die synergetische Kooperation aller Beteiligten. Insgesamt vermittelte das Referat etliche Anregungen für die Gestaltung altersfreundlicher Stadtteile. GF



*Aus der Senioren-
Vertretung der
Stadtgemeinde Bremen*

Neue Haltepositionen für Reisebusse am ZOB

Die Senioren-Vertretung und ihr Arbeitskreis Bauen/Wohnen/Verkehr haben sich seit längerer Zeit darum bemüht, dass die ZOB-Haltestellen für Reisebusse am Breitenweg aus Sicherheitsgründen verlegt werden (vgl. **Durchblick** 122, S.8).

Es war nicht umsonst. Der Senator für Umwelt, Bau, Verkehr und Europa sowie die Zentral-Omnibus-Bahnhof-GmbH gaben nun bekannt, dass ab dem 01. Oktober 2010 neue Haltepositionen für Reisebusse und Fernlinienverkehre gelten.

Für Reisebusse befinden sich die Haltestellen jetzt auf dem Hugo-Schauinsland-Platz vor dem CinemaxX. Die Busbuchten am Breitenweg sind den Fernlinienverkehren vorbehalten. Auf dem Hugo-Schauinsland-Platz steht auch eine Toilettenanlage zur Verfügung. An den Haltestellen des ZOB kann nur ein- und ausgestiegen werden. Parken ist weder im Bereich Breitenweg noch vor dem CinemaxX erlaubt.

Damit ist das Bemühen der SV um größere Sicherheit von Busreisenden erfolgreich abgeschlossen.

SAPV in Bremen

Der Staatsrat der Senatorin für AFGJuS, Dr. Schulte-Sasse, hat unsere Nachfrage vom 27.08.2010 zur Spezialisierten Ambulanten Palliativmedizinischen Versorgung mit Schreiben vom 06.09.2010 beantwortet. Er versichert, die Entwicklung der Umsetzung der
(Fortsetzung auf Seite 6)

SAPV in Bremen

(Fortsetzung von Seite 5)

gesetzlichen Vorlagen zur SAPV werde konstruktiv begleitet. Das Angebot bestehe seit 2009 auf der Basis eines gültigen Vertrags zwischen Leistungserbringern und Kostenträgern. Im Klinikum LdW sei inzwischen für sämtliche Patientinnen und Patienten ein innerklinischer „Liaisondienst“ eingerichtet worden (vgl. **Durchblick** 122, S.6). Die vorliegenden Ergebnisse seien hervorragend und perspektivisch auch für den ambulanten Bereich geeignet. Die Ausdehnung der Angebote (außerhalb des KLdW) schreite in Eigenregie der Selbstverwaltung langsam voran. Darüber hinaus hätten 6 der 9 im Lande Bremen tätigen ambulanten Hospizdienste einen Kooperationsvertrag mit dem Ambulanten Palliativdienst abgeschlossen. Er sei „in Würdigung der sich allmählich beschleunigenden Umsetzung der SAPV in Bremen zuversichtlich, dass die Versorgungsangebote perspektivisch sämtliche bedürftigen und anspruchsberechtigten Patientinnen und Patienten erreichen“ werden.

Antwort der Bürgerschaft

Auf ihrer Sitzung vom 28.09.2010 beantwortete die Bürgerschaft die Anfrage von Bündnis 90/Die Grünen zur Modernisierung der Bremer Senioren-Vertretung (vgl. **Durchblick** 127, 128).

Es muss wohl nach den Gesprächen zwischen SV und Grünen ein Denkprozess stattgefunden haben; denn die Grünen verzichteten bei der Stellungnahme zu ihrer Anfrage auf alle ursprünglich darin enthaltenen Zweifel an der Zuständigkeit und Arbeit der Bremer Senioren-Vertretung. Sie hoben die Bedeutung dieser Institution für Bremen hervor und beteuerten, es ginge ihnen nur um die Unterstützung bei möglichen Modernisierungsschritten. Dazu gehöre die Steigerung der Frauenquote (von 48 auf 60%) und die Einbeziehung von Vertretern der Menschen mit Migrationshintergrund.

Alle anderen Parteien lobten ebenfalls das Engagement, die Kompetenz und die Arbeit der Bremer Senioren-Vertretung und erklärten sie für unverzichtbar. Die Zusammensetzung wurde allgemein für gut befunden, es bliebe aber zu bedenken, inwieweit man zeitgemäß zusätzlichen Leistungsträgern ein Delegationsrecht zuerkennen könnte.

Abschließend sprach der Staatsrat der Senatorin f. AFGJuS, Dr. Schulte-Sasse, und betonte, der Senat sei froh über die Existenz der Senioren-Vertretung als Sprachrohr der

Bremer Generation 60-Plus. Selbstorganisation sei vom Senat erwünscht. Die Senioren-Vertretung habe das Recht und die Verantwortung, selbst zu entscheiden, wie sie sich zukünftig weiterentwickeln möchte.

Selbstverständlich freuen wir uns über die einhellige Anerkennung unserer ehrenamtlichen Arbeit und sind dankbar für konstruktive Unterstützung. Wir haben uns auch nie gesperrt gegen zeitgemäße Verbesserungen. Insofern sind längst Schritte zur Weiterentwicklung eingeleitet. Der Erfolg hängt allerdings auch von der Bereitschaft der Seniorinnen/Senioren zur Mitarbeit ab. Packen wir es an!

Aus den Arbeitskreisen

„Aortenaneurysma“ – eine Zeitbombe

Am 21. September 2010 tagte der **AK Gesundheit** zum Thema „Aortenaneurysma“. Prof. Dr. Heiner Wenk vom Klinikum-Nord, Abtlg. für Allgemein-, Viszeral- und Gefäßchirurgie referierte über die rechtzeitige Erkennung dieser Zeitbombe im Bauch.

Bei einem solchen Aneurysma handelt es sich um eine Aussackung der Aorta, die von einer bestimmten Größe an lebensgefährlich wird. Reißt diese Aussackung, verblutet man innerlich in relativ kurzer Zeit.

Etwa 2% der deutschen Bevölkerung leiden an einer krankhaften Erweiterung der Bauchschlagader (AAA). Reißt die Schlagader, überleben nur 20% der Betroffenen. Männer sind häufiger betroffen als Frauen, doch bei diesen ist das Risiko eines Risses größer.

Die Entwicklung eines AAA wird im Wesentlichen gefördert durch das Alter, erbliche Faktoren, Rauchen, Bluthochdruck, hohe Cholesterinwerte, Herz-Kreislauf-Erkrankung.

Im Ernstfall gibt es zwei Möglichkeiten der Operation. Die klassische OP mit Öffnen der Bauchdecke und dem Einsatz einer Gefäßprothese, oder es wird ein Stent, eine Gefäßstütze, von der Leiste her in die Arterie bis zur gefährdeten Stelle eingeschoben. Der zweite Weg ist wesentlich schonender, vor allem für ältere Menschen. Bei beiden Methoden gilt der Patient anschließend als geheilt. Die Aussackung der Aorta kann durch Ultraschall erkannt werden. Deshalb wäre ein auch von den Kassen getragenes Früherkennungsprogramm für Risikopatienten äußerst wichtig.

Der Referent beantwortete etliche Fragen
(Fortsetzung auf Seite 7)

„Aortenaneurysma“ – eine Zeitbombe

(Fortsetzung von Seite 6)

aus dem Kreis der Zuhörer. Danach wurde die Unterstützung der Mediziner bei ihrer Forderung nach einem Früherkennungsprogramm diskutiert. Es wurde der Antrag vorgelegt, auch den Routine-Check bei Risiko-Personen des Aortenaneurysma in den Vorsorgekatalog der Krankenkassen aufzunehmen (vgl. **Durchblick** 130, S.2) Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Die neue Regio-S-Bahn

Der **AK Bauen/Wohnen/Verkehr** hatte am 28. September 2010 zur Information Vertreter der Nord-West-Bahn eingeladen. Sie übernimmt vom Dezember 2010 an die Regio-S-Bahn Bremen/Niedersachsen.

Vorerst werden ab 2010 drei Linien bestehen, 2011 kommt noch eine dazu.

- RS 1, Farge – Vegesack - Bremen Hbf – Verden. Die Strecke Farge-Vegesack wird bis 2011 elektrifiziert, so dass dann durchgehend gefahren werden kann.
- RS 2, Bremerhaven - Bremen Hbf - Twistringen,
- RS 3, Bremen Hbf – Oldenburg - Bad Zwischenahn.
- RS 4, Bremen Hbf – Nordenham (ab 2011)

Mit der Eröffnung der Strecken entstehen ca. 150 neue Arbeitsplätze in den Bereichen Betrieb, Service, Werkstatt und externe Dienstleistungen. Es werden Elektrotriebwagen eingesetzt, entweder 3-teilig mit ca. 187 Sitzplätzen oder 5-teilig mit ca. 300 Sitzplätzen. Sie sind bis zu 160 km/h schnell, verfügen über einen großen Einstiegsbereich, im Mittelteil eines Zugs über eine große behindertengerechte Toilette, auch mit Baby-Wickeltisch und SOS-Tastern, und sie sind weitgehend barrierefrei gebaut. Allerdings entspricht die Bahnsteighöhe noch nicht an allen Haltepunkten dem Anspruch eines ebenen Zugangs zu den Wagen. Das soll sich noch in den nächsten Jahren ändern. Zusätzlich wird die Sicherheit der Fahrgäste durch Videoüberwachung verstärkt, es gibt Innen- und Außenlautsprecher und an den Fronten und Seiten des Zugs sind Außenanzeigen angebracht.

Die Fahrkartenautomaten unterscheiden sich von denen der DB AG. Sie sind blau und gelten nur für Karten im Nahverkehr. Man kann also keine Fernverkehrstickets ziehen. Fahrkartenautomaten und Entwerter finden sich nur auf den Bahnsteigen, nicht im Zug. Sie sind mit UMTS ausgestattet, so dass die Zugleitung so-

fort erfährt, wenn diese Geräte defekt sind. Sie wird über eine Fehlermeldung informiert, wenn Fahrgäste an dem betroffenen Haltepunkt keine Fahrausweise erwerben können.

Arbeitskreis Politik

Am 31. August 2010 befasste sich der **AK Politik** mit dem Thema „Auswirkungen des Sparpakets der Bundesregierung auf die ältere Generation und auf Menschen mit geringem Einkommen“.

Arno Gottschalk von der Verbraucherzentrale Bremen erläuterte die Eckpunkte des Sparpakets und veranschaulichte die geplanten Maßnahmen durch Graphiken. Es wurde deutlich, dass von der beschlossenen Sparsumme (82 Mrd.€) für die nächsten 4 Jahre allein 32 Mrd.€ (39%) im sozialen Sektor abgeschöpft werden, z.B. durch Wegfall des Elterngelds für Hartz IV-Empfänger, Streichung des Heizkostenzuschusses für Wohngeldempfänger, Streichung der Zuschläge für Arbeitslose im Übergang vom Arbeitslosengeld I zu II, Wegfall des Zuschusses zur Rentenversicherung für Hartz IV-Bezieher.

Es trifft mal wieder überwiegend Menschen, die sowieso sozial schwer benachteiligt sind. Dagegen stehen u.a. unsinnige Regelungen bei der Mehrwertsteuer, es sei an deren Reduzierung für das Gaststättengewerbe oder daran erinnert, dass der Kauf von Kinderwindeln mit 19% und der von Rennpferden nur mit 7% geahndet wird. Die beschlossenen Maßnahmen führen außerdem unweigerlich zu Kostensteigerungen für den Verbraucher. Die Versprechungen der Regierungskoalition, auf Ausgewogenheit zu achten, sind keineswegs eingehalten worden.

Nach der Diskussion wurde beschlossen, für die nächste Sitzung sowohl in der Angelegenheit „Sparpaket“ als auch bezüglich der „Schutzklausel für die gesetzliche Rentenversicherung“ Anträge auszuarbeiten.

Diese Sitzung fand am 12. September 2010 statt.

Aus der Arbeit der Delegierten

Besuch bei der BSAG

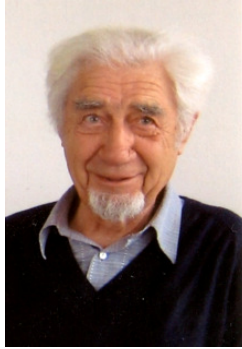
Die Bremer Straßenbahn AG (BSAG) wird nicht jeden Tag auf ihrem Betriebsgelände eine Besuchergruppe der Generation 60-Plus begrüßen dürfen. Aber Dietmar Stadler, Delegierter der Bremer Senioren-Vertretung und

(Fortsetzung auf Seite 8)

Besuch bei der BSAG

(Fortsetzung von Seite 7)

Seniorenbeauftragter des Ortsbeirats Horn-Lehe, der schon in der Vergangenheit informative Rundfahrten durch Bremen für Bewohner von Horn - Leher Altenheimen organisiert hat, knüpfte den Kontakt zum Unternehmen, so dass sich rund zwanzig interessierte Bewohner der Stiftungsresidenzen Luisental, Marcusallee und Riensberg im Mai



Dietmar Stadler

dieses Jahres über Ausstattung und Betriebsabläufe der BSAG informieren konnten. Selbstverständlich fuhr die Gruppe in einem Sonderbus zum Betriebshof am Flughafendamm. Zuerst ging es dort auf Erkundungstour über das Gelände, dann hatten die Seniorinnen/Senioren bei Kaffee und Kuchen Gelegenheit, aufgrund ihrer Erfahrungen mit Straßenbahn- und Busfahrten Fragen zu stellen und Kritik zu äußern. Angesprochen wurde u.a. auch, dass sich die alten Menschen bei der Nutzung der Fahrzeuge oft unsicher fühlen. Um Unsicherheiten zu beseitigen, bietet die BSAG einen besonderen Dienst an. Auf Wunsch kommt ein Mitarbeiter mit einem Bus zum Altenheim, erklärt das Fahrzeug und trainiert Heimbewohner beim Ein- und Aussteigen. Vor einiger Zeit fand in Horn-Lehe ein solches Training statt. Diese Senioren-Veranstaltung und das BSAG-Angebot - beides eine gute, hilfreiche Idee!

Veranstaltungen

1. Im Oktober hielt Burgfried Stölting, Demographiebeauftragter der Stadt Langen, vor dem Seniorenbeirat ein Referat über den demographischen Wandel der Stadt Bremerhaven. Das gesamte Referat liegt vor und könnte per E-Mail zur Auswertung übermittelt werden.



Burgfried Stölting beim Vortrag

2. Der Beiratsvorsitzende Wilhelm Behrens und sein Presse-Sprecher Dietmar Kammel haben sich, den Seniorenbeirat und seine Aufgaben der Stadtteilkonferenz Leherheide vorgestellt.

3. Es fand ein Niederdeutscher Nachmittag der Plattdutschen Gill (Mitglied im Seniorenbeirat) in Verbindung mit dem Ältestenrat des



„Wulsdorper Seniorenhus“ mit dem Harmonikaklub (Musik) und Georg Kargoscha (Gesang) sowie Dietmar Kammel und Imke Packusch mit plattdutschen Döntjes in überzeugender Gestik statt.

*Aus dem
Seniorenbeirat
der Seestadt
Bremerhaven*



Neue Arbeitskreise

Der Seniorenbeirat Bremerhaven hat 3 neue Arbeitskreise mit folgenden Arbeitsfeldern gebildet:

- Kultur und Seniorentreffpunkte
- Verkehr und altengerechtes Wohnen
- Soziales, Heime, Gesundheit und Sport

Impressum

Der **DURCHBLICK** ist das Mitteilungsblatt der Landesseniorenvertretung Bremen, Bahnhofplatz 29, 28195 Bremen,
Tel.: (0421) 3 61 67 69 E-Mail:

Seniorenvertretung@soziales.bremen.de

Der **DURCHBLICK** erscheint auch im Internet:

[http:// www. bremen.de/senioren-vertretung-in-der-stadtgemeinde-bremen-336091](http://www.bremen.de/senioren-vertretung-in-der-stadtgemeinde-bremen-336091)

Redaktion:

Gerd Feller (V.i.S.d.P), Franklinstraße 101, 28357 Bremen, Tel.: 274990 E-Mail: gerd.h.feller@nord-com.net

Karin Stieringer, Schwachhauser Heerstr. 361B, 28211 Bremen, Tel.: (0421) 23 18 15

Redaktionsschluss: jeweils der 25. eines Monats